



Evangelische Verantwortung

Zivile christliche Friedensdienste – neue Partner internationaler Streitkräfte?

Dr. Ulrich von den Steinen

„Wir können die Augen nicht davor verschließen, daß es Situationen gibt, in denen die Präsenz von militärischer Gegengewalt nötig ist, sollen die Waffen zum Schweigen gebracht werden. Die Entwicklungen in Jugoslawien haben viele von uns zu einem Umdenken geführt. Mich hat ein Besuch in Bosnien stark beeinflusst“ (Wolfgang Huber). Offenbar gibt es seit dem bewaffneten Balkankonflikt und seiner Beendigung durch militärisches Eingreifen einen tiefgreifenden friedensethischen Wandel bei kirchlichen Entscheidungsträgern und in pazifistischen Friedensgruppen.

Grundlage ihrer Überlegungen war einst nicht die Analyse konfliktträchtiger Situationen, sondern in der Regel ihre religiös-moralische Einstellung. Sie meinen nun, friedenspolitische Verantwortung müsse sich auf Konfliktlagen der Gegenwart einlassen und realistisch einschätzen, welche angemessenen Handlungsmöglichkeiten gewalteindämmend und konfliktbeendend eingebracht werden können. Das schließe unter bestimmten politischen Konstellationen militärisches Engagement ein, um militante Aggression und Gewalt der Kriegstreiber zu stoppen.

„Wir räumen ein, daß unser ohnmächtiges Schweigen angesichts des bisherigen Kriegsverlaufs (in Ex-Jugoslawien) dazu geführt haben kann, daß wir am

Leid der Zivilbevölkerung mitschuldig geworden sind. Wir fragen, ob wir nicht im Sinne der Parteinahme für die Opfer unter den gegebenen Bedingungen für militärische Maßnahmen ... eintreten müssen. Wir halten daher um der Glaubwürdigkeit unseres Friedenshandelns willen ein künftiges militärisches Eingreifen dann für gerechtfertigt, wenn ... Menschen in unerträglichem Maße schutzlos der Gewalt von Aggressoren ausgeliefert sind“ (Pax-Christi-Korrespondenz, 3/95).

Militärischer Auftrag als „humanitäre Intervention“

Da sich die Welt seit Ende des Kalten Krieges politisch wie militärisch verändert hat und jene friedenspolitischen Visionen der achtziger Jahre realistischen politischen Einschätzungen gewichen sind, wird selbstkritisch die „Reichweite“ eines ausschließlich gewaltfreien Friedenseinsatzes angefragt.

In einschlägigen Verlautbarungen der zivilen Friedensinitiativen wird aber auch die Frage aufgeworfen, ob der gewaltfrei operierende Friedensdienst als „gleichberechtigte Alternative zum Militärdienst“ gewertet werden könne (Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg, 1994 u.ö.). Lokale und internationale Konflikte wären auch ohne militärisches Engagement lösbar. Gewaltfreie Friedensdienste könnten als gleichberechtigte

Variante zu militärischen Interventionen betrachtet und von der Bundesregierung eingefordert werden. Soll hier eine zivile Gegenorganisation zu den Streitkräften aufgebaut werden?

„Der Auftrag des Soldaten ist es, Sicherheit zu schaffen, damit die Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) arbeiten können.“ Mit dieser Feststellung bringt Bjarne Hesselberg, der ehemalige dänische UN-Kommandeur in der Krajina, eine mögliche Kooperation ziviler Friedensdienste mit militärischen Einsatzkräften auf den Punkt. Zunehmend dringen gewaltfreie Konfliktbearbeiter in Regionen der Innen- und Außenpolitik vor, die in der Verantwortung staatlicher Souveränität liegen. Sie verstehen sich als ein neues friedenspolitisches Instrument. Ihre Aufgabe sehen sie darin, Handlungsspielräume zu entwickeln, „um Konflikte ursachenorientiert, präventiv und gewaltfrei zu bearbeiten“ (Zukunft christlicher Friedensdienste, Rat der EKD, 1996). Vorgegeben ist ein vielfältiges Spektrum der Einsatzmöglichkeiten: Einrichtung von Flüchtlingslagern sowie Begleitung von Flüchtlingen bei der Wiedereingliederung, Mitarbeit in Aufbauprojekten, Förderung

Themen:

Kosovo-Konflikt	4/6
Interview mit Jochen Borchert	8
Erlaßjahr 2000	12
EAK-Bundesvorstand	16

der Friedenserziehung sowie Verhinderung von Konflikten an der politischen und gesellschaftlichen Basis.

Krisenreaktionskräfte, die im UN-Auftrag Deeskalations- und Entfeindungsmaßnahmen durchführen, sollen stabile Rahmenbedingungen für den erfolgreichen Einsatz ziviler Friedensinitiativen schaffen. Daher ist zu fragen, ob und wie eine erfolgreiche **Kooperation von Streitkräften und zivilen Friedensdiensten** möglich ist und was diese Friedensarbeit „von unten“ tatsächlich bewirken kann. Da ein friedenspolitisches Gesamtkonzept für Militärs und zivile Friedensakteure noch nicht existiert, ist eine Verständigung über die jeweilige politische und militärische Lage des Einsatzgebietes unter besonderer Berücksichtigung der zu erreichenden Ziele unbedingt anzustreben: Militärs werden vorrangig Gewalteinämmung und Waffenstillstandsverhandlungen sowie die Errichtung entmilitarisierter Zonen betreiben; zivile Friedensgruppen haben in der Folge Aufbau-, Friedens- und Versöhnungsarbeit zu leisten.

Die Initiatoren der kooperierenden zivilen Friedensdienste („Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“, das „Forum ziviler Friedensdienst“ sowie der „Bund für soziale Verteidigung“) verkennen noch vielfach die Bedeutung der zur Überwachung des Friedensabkommens von Dayton eingesetzten multinationalen Streitkräfte in Bosnien-Herzegowina. Bereits die sachunangemessene Sprache verrät ihre Fehleinschätzung: „Gewaltförmige Gegenmaßnahmen tragen wenig zur Lösung dieser Konflikte bei“ heißt es in der Dokumentation „Ausbildung in ziviler Konfliktbearbeitung“ von 1997. Nun ist längst erwiesen und international anerkannt, daß die im UN-Auftrag tätigen Militärs im Rahmen humanitärer Interventionen und Peacekeeping-Missionen innerstaatliche Konflikte nicht durch „gewaltförmige Gegenmaßnahmen“ zu lösen gedenken.

SFOR ist nicht für Kampfaufträge konzipiert. Vielmehr soll militärischer Einsatz der *Konfliktdeeskalation* dienen, Entfeindungsprozesse initiieren, verfeindete Truppen entwaffnen und aufflackernde Kriegshandlungen unterbinden, um so dem politisch auszuhandeln-

den Frieden eine Schneise zu schlagen. Diese Operationen bedürfen des unterschiedlichen Handelns. Sodann wird militärisches Engagement in einer **Befriedungsphase** den zivilen Friedensakteuren Raum zur effektiven Aufbauarbeit des gesellschaftlich, politisch und infrastrukturell zerstörten Landes schaffen. Mittelfristiges Ziel muß ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen und die Erneuerung international verflochtener Volkswirtschaften sein.

Für die gewaltfrei operierenden Konfliktbearbeiter in nichtstaatlichem Auftrag geht es zunächst um **friedenspraktische Feinarbeit**: Versorgung und Begleitung von Flüchtlingsrückkehrern, Vermittlung von Begegnungen verfeindeter Gruppen, Abbau von Feindbildern sowie die Schaffung vertrauensbildender Maßnahmen. Dazu kommen Betreuung traumatisierter Frauen und Kinder, Beratung in Menschenrechtsfragen, Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen, Wiederaufbau von Schulen, funktionierenden Verwaltungen und wissenschaftlicher Infrastruktur. Schwerpunkt wird auf der Nachbereitung von Konfliktfeldern mit dem Ziel der Konfliktprävention liegen.

Friedenshandeln verlangt Kompetenz und Professionalität

Freiwilligkeit, Ehrenamtlichkeit und christlich-humane Motivation verdienen zwar volle Anerkennung, sind jedoch nicht hinreichend, wenn es um erfolgreiche zivile Konfliktbearbeitung sowie Entwicklung und Förderung konkreter Friedensprojekte geht. Sprache, Kultur, Religion und Geschichte des ehemaligen Jugoslawien sind ebenso zu studieren wie Methoden gewaltfreier Konfliktbewältigung. Ferner müssen stimmige Konzepte und einsatztaugliche Instrumente entwickelt werden. Vor allem aber kommt es darauf an, die Friedensdienste im Einsatzland zu koordinieren, „Funktionsklau“ zu unterbinden und Entscheidungskompetenzen zu bündeln. Dem geht eine umfassende Lagebeschreibung voraus, um das *ethisch Wünschenswerte vom praktisch Machbaren zu unterscheiden*. Dazu bedarf es ausgebildeter, berufs- und lebenserfahrener „Friedensfacharbeiter und -arbeiterinnen“. Ein Pilotprojekt im Umgang mit Lehren und Techniken zivi-

ler Konfliktbearbeitung ist 1997 von der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ durchgeführt worden.

Zur Zeit befindet sich eine Gruppe von Akteuren in verschiedenen Krisenregionen, vordringlich in Bosnien-Herzegowina. Dort werden sie nicht nur auf den gesteuerten Ungehorsam der Zivilbevölkerung stoßen und sich auf ein hohes Maß an Unversöhnlichkeit in der multiethnischen Bevölkerung einstellen müssen, sondern auch Menschen erleben, die nicht zueinander wollen und dennoch auf Dauer zusammenleben müssen. Daher werden die zivilen Friedensakteure nur erfolgreich sein, wenn ihr Engagement mit dem Willen der einheimischen Bevölkerung Hand in Hand geht. **Frieden und Versöhnung** werden nur einkehren, wenn sich die Völker und Ethnien auf dem Balkan zu demokratisch-zivilem Umgang mit- oder nebeneinander bereifinden.

In Gesprächen mit Soldaten und Vertretern von Friedensgruppen wird die bereits bestehende zivil-militärische Zusammenarbeit von Streitkräften und zivilen Hilfsorganisationen im ehemaligen Jugoslawien gewürdigt und ihre Fortführung gewünscht. Über einen effizienteren Einsatz wird nachgedacht. Planungsüberlegungen sollten bereits im Heimatland angestellt werden, um sie im Einsatzland nutzbar machen zu können – wobei die zivil-militärische Kooperation ein *Verständnis für das gegenseitige Friedenshandeln* voraussetzt. Im Rahmen sogenannter freier Operationen müssen fließende Übergänge konzediert werden: Auch Soldaten sind beauftragt zu schlichten, zu vermitteln und zu helfen. Angestrebt wird ein komplementärer Einsatz von Militärs und zivilen Konfliktbearbeitern.

Der Testfall gewaltfreien Friedenshandelns

Gegenwärtig herrscht Krieg in Jugoslawien. Im Rahmen einer moralisch zwingenden, jedoch völkerrechtswidrigen „militarisierten Nothilfe“ versucht die NATO, Vertreibung, Folter und Mord an der Kosovo-Albanischen Bevölkerung des Diktators Milosevic zu unterbinden. Die nordatlantische Gemeinschaft war nicht mehr bereit, schwerste militärisch gesteuerte Menschenverachtung wider-

WIR ÜBERSCHREITEN GRENZEN FÜR
MENSCHENRECHTE



„Ratlosigkeit und Angst in den Augen der Eltern, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung bei den Alten, doch am schlimmsten sind die leeren Augen der Kinder. Zum Teil leben sie in Zelten, sie werden dürftig durch Holzöfen beheizt. Ausgemergelt und perspektivlos bewegen sie sich durch das Lager. Sie sind blaß und husten.“

Als Vertreter der jungen Generation wollen wir nicht einfach ohnmächtig zusehen. Solange im Kosovo Krieg herrscht, ist weder an Rückkehr noch an Wiederaufbau zu denken. Wir wollen zunächst denen helfen, die wir erreichen können.

Deshalb konzentriert sich unsere Aktion in einem ersten Schritt auf die Kosovo-Flüchtlinge in Bosnien Herzegovina. Sobald es möglich wird, werden wir Wege suchen, Maßnahmen vor Ort im Kosovo zu unterstützen.

Die Menschen aus dem Kosovo sind auf flexible Hilfe angewiesen. Deshalb bitten wir Sie um eine Geldspende. Das ermöglicht uns dort zu helfen, wo konkrete, schnelle und flexible Hilfe nötig ist. Aus diesem Grund arbeiten wir mit einer Hilfsorganisation zusammen, die klein und beweglich ist. Ihr Name: **Hilfe konkret**. Sie wird von dem **evangelischen Pfarrer Johannes Neudeck** geleitet und ist in der Lage, schnell und unbürokratisch vor Ort zu helfen. Dort wird das, was gebraucht wird, angeschafft und an die Flüchtlinge verteilt. Jede Spende kommt unmittelbar den Bedürftigen zugute.“

Junge Union Deutschlands

Deutsche Bank Bonn
BLZ 38070059
Konto: 035183306
Stichwort: „S.O.S. Kosovo - Helfen Sie Leben retten!“

standslos hinzunehmen. Hunderte Dörfer im Kosovo sind bereits dem Erdboden gleichgemacht worden. Zehntausende Kosovaren werden vertrieben und sind auf der Flucht in die Nachbarstaaten: Frauen, Kinder, Kranke, Greise. Die Lage ist der Anfangsphase des Bosnien-Krieges vergleichbar. Die Massengräber von Srebrenica sind noch nicht exhumiert, da werden im Kosovo die nächsten Massakrierten verscharrt. Der totale Zusammenbruch zivilen Lebens steht bevor. **Konfliktmanagement** ist umgehend geboten. Bald werden Rückkehr- und Aufbauhilfe benötigt. Sind zivile Konfliktbearbeiter vor Ort? Wo werden nichtmilitärische Mittel zur Konfliktschlichtung und -beendigung konkret? Können zivile Konfliktvermittler Gewalt stoppen? Der Testfall gewaltfreien Friedensdienstes ist gegeben.

Alles Nachdenken über zivile Konfliktbearbeitung wird nur erfolgreich sein, wenn die Gemeinschaft der freien Völker sich dazu bereitfindet, auf schwerste *Menschenrechtsverletzungen massiv zu reagieren*. Das schließt militärische Intervention ein – und kurzatmiges friedensrelevantes Handeln aus. Wer das Militär verdrängt, wird zum Komplizen primärer Gewalt. Eine Gewaltbeendigung wird nicht allein durch politischen Appell erreicht – er ist das von Kriegstreibern „geschätzte“ Mittel! –, sondern durch weiteren politischen Druck und friedensersetzende Maßnahmen herbeigeführt.

Richard Holbrook, Sonderbotschafter der USA, gibt in diesem Zusammenhang ein aufschlußreiches Beispiel: Es sei der Fehler des Westens während der vergangenen Jahre gewesen, „die Serben als rationale Leute zu behandeln, mit denen man argumentieren, verhandeln, Kompromisse schließen könne. Tatsächlich respektieren sie nur Gewaltanwendung oder die unzweideutige und glaubhafte Drohung, sie auch zu benutzen.“ Wer also erwartet, Milosevic öffne sich vernünftigen politischen Kompromissen, wird enttäuscht. Wer ethnische Vertreibung, Krieg und Vernichtung will, beschreitet keine Friedenswege. Seinem Weltbild liegt nicht die Streitkultur politischer Argumente, sondern der Wille zu Zwang und Gewalt zugrunde: gegen die politische Opposition, gegen die Kosovo-Albaner, gegen die NATO.

Wo Kriegstreiber ihr militärisches Gewaltpotential einsetzen, wird „gewaltfreies Standhalten und Eingreifen“ (Th. Ebert) der *sichere Weg in die Selbstaufgabe* bedeuten. So ist es nur logisch, daß der Tod als Preis gewaltfreien Handelns hingenommen wird: „Auf Gewalttäter gewaltfrei einzuwirken, auch wenn es das Leben kosten sollte“, ist Eberts friedensethische Devise. (Konflikte lösen ohne Gewalt, 1994). Nicht nur die ethisch angemessene und jedem „Nicht-Märtyrer“ zugestandene Notwehr beziehungsweise Nothilfe sucht man in Konzepten ziviler Friedensdienste vergeblich, sondern auch den Pflichtgedanken christlicher Verantwortungsethik, den Vertreibungs-, Terror- und Gewaltopfern stets Schutz, Beistand und Hilfe zu gewähren.

Dies liegt zum einen an der verengten Wahrnehmung menschlicher Verhaltensweisen, etwa der trügerischen Hoffnung, daß Menschen letztlich Gutes tun, Frieden schließen und Versöhnung stiften. Dabei kommt die ambivalente menschliche Wesensprägung nicht hinreichend in den Blick: jene andauernde gewaltbereite Aggression, die den Zuwachs an Macht und Eigennutz durch Terror, Vertreibung, Konflikt und Krieg zu verwirklichen trachtet. Es ist jene Wesensbestimmung des Menschen, die Leben negiert und vernichtet.

Friedensverantwortung – nicht alternativ, sondern komplementär

Bislang schützen SFOR-Militärs die zivilen Friedensaktivisten in Bosnien-Herzegowina vor Gewalt und Tod. Wenn Militärs das Einsatzland verlassen, ist, wie Kenner der Szene versichern, auch der gewaltfreie Friedensdienst ohne jede Chance. Daher ist es der Wunsch und die Hoffnung vieler Menschen auf dem Balkan, SFOR-Truppen so lange wie möglich im Lande zu belassen. Das heißt: Die vorrangige „*Option für Gewaltfreiheit*“, die zu Recht im Zentrum christlichen Friedenshandelns steht, ist vernünftigerweise in eine „*Option angemessener Gegenmaßnahmen*“ zu überführen, wenn militante Aggressoren anders nicht zu beherrschen sind. Andernfalls entziehen Christen sich ihrer Verantwortung für den Schutz der Gewalt von Kriegstreibern ausgelieferten Menschen. Daher kann sich gewaltfreie christliche

Friedensverantwortung nicht alternativ, sondern nur *komplementär* verstehen: je nach Konfliktszenarien sind zivile und friedens erzwingende Einsätze gleichermaßen gefragt.

Dies entspricht der friedensethischen Argumentation der evangelischen Kirche. Ihre Orientierungspunkte „Schritte auf dem Weg des Friedens“ (1994) überwinden das pure Gegeneinander von pazifistisch-gesinnungsethischer Position und verantwortungsethischer Konfliktwahrnehmung. Insbesondere verbinden sie die *Friedensfrage mit den Menschenrechten*, deren **Schutz und Verteidigung**. Wer immer Verantwortung für das Leben des Menschen trägt, muß sich fragen, was zu tun ist, wenn dieses Leben bis zur Vernichtung gefährdet ist. Daher bildet die Menschenrechtsorientierung den Schlüssel des Friedenshandelns westlicher Wertegemeinschaften. Auf der Ebene internationaler Rechtsdurchsetzung erkennen die Verfasser der EKD-Schrift den in der UN-Charta nicht gelösten Konflikt zwischen der Anerkennung staatlicher Souveränität einerseits und dem Schutz universaler Humanität andererseits.

Die „Definition von Humanität“ dürfe nicht jeder Einzelstaat jeweils für sich beanspruchen, sondern die Völkergemeinschaft habe die Pflicht, „zur Geltung und Durchsetzung der Menschenrechte beizutragen und den Opfern von Unterdrückung und Gewalt Schutz und Hilfe zuteil werden zu lassen.“ Souveränitätsrechte der Einzelstaaten müssen in der Folge zugunsten kollektiver, regionaler Sicherheitssysteme der Vereinten Nationen abgetreten werden.

In einer widersprüchlichen Welt, die den „Königsweg“ zu dauerhaftem Frieden nicht kennt, verantworten Soldaten wie zivile Friedensakteure den stets brüchigen, vorläufigen Frieden auf *unterschiedliche Weise gemeinsam*. Ohne militärische Präsenz und des damit verbundenen Schutzes der professionellen, gewaltfreien Konfliktbearbeitung ist Friedenshandeln erfolglos. ■

Anm.:

Dr. Ulrich Steinen ist Evangelischer Wehrbereichsdekan III in Düsseldorf.

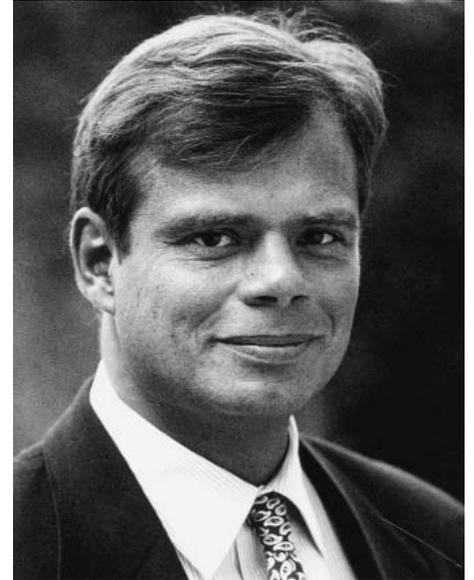
Der Kosovo-Konflikt – Die EU engagiert sich für Sicherheit und Frieden

Dr. Friedbert Pflüger

Am Ende dieses Jahrhunderts scheint sich die Geschichte Europas zu wiederholen. Krieg, Vertreibungen und Völkermord erschüttern den Balkan und versetzen uns in jene Zeit zurück, wo übersteigter Nationalismus, Rassenwahn und totalitäre Ideologien Europa beherrschten. Viele hatten geglaubt, dieses dunkle Kapitel der europäischen Geschichte sei Vergangenheit und mit dem Ende des Kalten Krieges könne endlich eine „new world order“, wie es der amerikanische Präsident Bush einmal beschrieb, verwirklicht werden.

Doch die täglichen Bilder von erschöpften, verwundeten und gequälten Flüchtlingen aus dem Kosovo und die Berichte über die schrecklichen Greuel-taten von serbischen Milizen haben uns eines besseren belehrt: Wir müssen erkennen, daß an der Schwelle zum 3. Jahrtausend nach Christus in Teilen Europas Krieg und Vertreibungen immer noch möglich sind. Die „ethnischen Säuberungen“ des jugoslawischen Präsidenten Milosevic haben in diesem Jahrhundert grauenvolle Vorbilder gehabt. Erinnert sei an die Vertreibung von 1,5 Millionen Armeniern durch die Türken, an die Zwangsumsiedlung von Wolgadeutschen und Tataren durch Stalin, an die Vertreibung von 12 Millionen unserer Landsleute aus Schlesien, Pommern, Ostpreußen oder dem Sudetenland. Erinnert sei auch an die singuläre Untat des Holocaust. Lernt Europa nichts aus seinen Erfahrungen?

Das entschlossene Vorgehen der NATO gibt Anlaß zur Hoffnung, auch wenn die Notwendigkeit, militärische Mittel einzusetzen, zutiefst zu bedauern ist. Aber die internationale Staatengemeinschaft kämpft für die Durchsetzung der Menschenrechte und die Wahrung des Rechtes. Nicht die NATO führt im Kosovo einen Angriffskrieg, sondern der jugosla-



Dr. Friedbert Pflüger:
Es muß der EU gelingen, Stabilität zu exportieren.

wische Präsident Milosevic bekriegt seine eigene Bevölkerung. Die Staatengemeinschaft hat sich schwer genug getan und sich eher zu spät als zu früh dazu entschlossen, militärische Mittel einzusetzen, um dem Grauen Einhalt zu gebieten. Wenn selbst der Generalsekretär der Vereinten Nationen von Völkermord spricht, dann kann die Rechtsgrundlage der NATO-Aktionen einschließlich der Beteiligung der Bundeswehr nicht in Zweifel gezogen werden.

Hin und wieder wird in der öffentlichen Diskussion auf das Interventionsverbot des Artikel 2 der UN-Charta verwiesen, um die Aktionen der NATO für nicht mandatiert und die Beschlüsse des Sicherheitsrats für nicht ausreichend zu erklären. Aber darf angesichts der Universalität unseres Menschenrechtsverständnisses eine solche Interpretation des klassischen Interventionsverbots am Ende zum Freibrief für Diktatoren werden? Kann ein Präsident Teile der eigenen Bevölkerung ermorden und vertreiben mit dem Argument, daß diese Vorgänge innerhalb seiner Landesgrenzen

geschehen und daher niemanden etwas angingen? Wie vordergründig die Argumentation des Interventionsverbots letztlich ist, kann man auch daran erkennen, daß mit der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo alle Einwände zusammenbrechen würden, die sich auf das Interventionsverbot stützen.

Besondere Verantwortung Europas

Die **Europäische Union** steht im Kosovo-Konflikt in einer besonderen Verantwortung. Der Krieg findet nicht nur unmittelbar vor ihrer Haustür statt, sondern fordert sie auch in ihrem Anspruch heraus, eine **Wertegemeinschaft** zu sein, die sich für den Erhalt von Sicherheit und Frieden auf dem gesamten Kontinent einsetzt. Bei aller Kritik, die man an der europäischen Balkan-Politik üben kann, zeigt die EU in ihrer Haltung gegenüber dem Kosovo-Konflikt eine erfreuliche Geschlossenheit und ein bezahntes Engagement.

Blickt man zurück auf das europäische Vorgehen im Bosnien-Krieg, so werden die Fortschritte deutlich, welche die europäischen Mitgliedstaaten in ihrem Bemühen um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erzielt haben. Denn anders als im Bosnien-Konflikt, wo in den nationalen Hauptstädten historisch tradierte Perspektiven und nicht nüchterne Lageanalysen die jeweilige Konflikteinschätzung dominierten, sind die Mitgliedstaaten der EU dieses Mal schnell zu einem einheitlichen Urteil gelangt. Damit haben sie die Basis geschaffen, um gemeinsame Maßnahmen, Standpunkte oder Strategien zu entwickeln.

Diese **Geschlossenheit der europäischen Haltung** wird bald nach außen stärker sichtbar werden, wenn die Regelungen des Amsterdamer Vertrages, der am 1. Mai 1999 in Kraft getreten ist, umgesetzt sind. Denn die europäische Außenpolitik wird durch den Posten eines im Generalsekretariat des EU-Ministerrates angesiedelten „Hohen Beauftragten“ personifiziert. „Mr GASP“, wie er in Brüsseler Kreisen häufig auch genannt wird, könnte die Geschlossenheit der Europäer gegenüber Milosevics Vertreibungspolitik in der Öffentlichkeit greifbarer transportieren.

Darüber hinaus schärft der Amsterdamer Vertrag durch die Einbeziehung der sogenannten Petersberger Aufgaben der Westeuropäischen Union (WEU) das sicherheits- und verteidigungspolitische Profil der Gemeinschaft. Humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung bis hin zu friedensschaffenden Maßnahmen gehören nunmehr zum **europäischen Sicherheitsauftrag**.

Außen- und sicherheitspolitisches Profil

Die EU zeigt im Kosovo-Konflikt ein ernsthaftes Bemühen, diesem gesteigerten außen- und sicherheitspolitischen Profil der Gemeinschaft gerecht zu werden. Sie ist sowohl militärisch als auch humanitär stark engagiert. Einig und entschlossen nehmen die europäischen NATO-Mitglieder an den Luft-einsätzen gegen Serbien teil. Auch wenn dabei deutlich geworden ist, daß Europa militärisch noch nicht ohne die USA handeln kann, weil ihr die logistischen Fähigkeiten dazu fehlen, verleiht die **Geschlossenheit der Europäer** der Union ein stärkeres Gewicht bei den Beratungen im NATO-Hauptquartier.

Eine führende Rolle nimmt die EU bei der **Bereitstellung humanitärer Hilfsmittel** ein. Gegenwärtig wendet die Union 150 Mio. Euro für sofortige Hilfe, insbesondere für Nahrungsmittel, medizinische Versorgung und Lagerunterkünfte in Albanien und Mazedonien auf. Hinzu kommen etwa 15 Mio. Euro für den Transport der Flüchtlinge sowie eine direkte Budgethilfe in Höhe von 100 Mio. Euro, die für den Ausbau der Bereiche Wasserversorgung, Gesundheit, Infrastruktur und Bildung genutzt werden. Insgesamt wendet die EU also allein im Jahr 1999 ca. 277 Mio Euro für technische-finanzielle und humanitäre Hilfe für Mazedonien und Albanien auf.

Dennoch ist die Situation in den Flüchtlingslagern problematisch. Das von Deutschen eilig gebaute Lager Spital im Norden Albanien liegt unter dem Meeresspiegel und war wegen starker Regenfälle lange Zeit völlig überschwemmt. Zwar konnte es inzwischen wieder trocken gelegt werden, doch

nun gibt es zu wenig Wasser, so daß ein neuer Brunnen gebohrt werden muß, wenn das Lager auf die ursprüngliche Kapazität von 14.000 Flüchtlingen ausgebaut werden soll. Dies sind Beispiele für einige der vielen Herausforderungen, welche die internationalen Helfer immer wieder bewältigen müssen.

Die vielleicht größte Sorge der albanischen Politik betrifft die Gefahr, nach Ende des Krieges und der CNN-Berichterstattung mit diesen enormen Problemen wieder allein gelassen zu werden. Deshalb ist ein Stabilitätspakt für den Balkan, die langfristige Verstärkung der Hilfen und Kooperation, die Assoziierung von Mazedonien und Albanien an die EU und die verstärkte Heranführung vor allem Bulgariens und Rumäniens an die NATO vordringlich. Es muß der Europäischen Union gelingen, **Stabilität zu exportieren**.

Die internationale Staatengemeinschaft muß sich darauf einstellen, daß der Balkan auf viele Jahre das politische und finanzielle Engagement der EU benötigt, wenn er erfolgreich stabilisiert werden soll. Das gilt natürlich auch für den Wiederaufbau Serbiens. Wenn die EU die entsprechenden Kosten scheut, dann wird ihr die Quittung später präsentiert werden: Krisen, Konflikte, Kriege und neue Flüchtlingsströme würden Europa erneut erschüttern.

Diplomatische Bemühungen

In den letzten Wochen sind die diplomatischen Bemühungen um eine Lösung des Kosovo-Konfliktes wieder stärker geworden. Die Europäische Union nimmt hier eine führende Position ein. Sie hat sich insbesondere erfolgreich dafür eingesetzt, daß Rußland aus seiner zeitweisen diplomatischen Isolierung herausgefunden hat und wieder eine aktive Rolle auf der internationalen Bühne spielt. Die Einigung auf dem Petersberg über einen **Fünf-Punkte-Katalog** zur Beendigung des Kosovo-Konfliktes am 6. Mai 1999 ist der sichtbarste Erfolg dieser europäischen Bemühungen. Vor allem die russische Zustimmung zur Entsendung einer „internationalen Sicherheitspräsenz“ in den Kosovo ist besonders wertvoll, auch wenn noch nicht geklärt werden konnte, in-

wieweit die internationale Friedenstruppe unter Führung der NATO stehen wird.

Nicht nur ist eine Lösung des Kosovo-Konfliktes ohne Rußland unmöglich, eine Einbindung Moskaus ist auch für die Sicherheit und den Frieden in Europa von grundlegender Bedeutung. Das Land hat in der vergangenen Dekade seine Weltmachtposition verloren, es ist wirtschaftlich und sozial weit hinter die Staaten Mittel- und Osteuropas zurückgefallen und wird im Inneren von zahlreichen Konflikten erschüttert. Die NATO-Luftangriffe auf die Bundesrepublik Jugoslawien belasten das Verhältnis zum Westen. Um Rußlands Integration in die Weltgemeinschaft nicht weiter zu gefährden, muß es als Faktor in der Alten Welt ernst genommen werden. Die EU hat bei der Vermittlung dieser Sensibilitäten auf atlantischer Ebene eine wichtige Rolle gespielt.

Lösungsmöglichkeiten für den Kosovo

Wie eine mittel- und langfristige Lösung für die Kosovo-Albaner aussehen könnte, ist gegenwärtig nur schwer abzuschätzen. Ein zukünftiges Zusammenleben zwischen Serben und Kosovaren, etwa in Form einer Konföderation, ist wahrscheinlich nur im Zusammenhang mit einer fortschreitenden EU-Integration denkbar. Eine Autonomie des Kosovo unter jugoslawischem Dach ist angesichts des brutalen Vorgehens der Serben gegen die Kosovo-Albaner nicht mehr denkbar. Wahrscheinlicher erscheint eher ein Übergangsprotektorat der EU, um das Land aufbauen zu können und den Flüchtlingen eine Heimkehr zu ermöglichen.

Für jeden Christen ist der derzeitige Einsatz von Gewalt, den die internationale Gemeinschaft zum Kampf gegen den Völkermord im Kosovo einsetzen muß, schwer erträglich und hochproblematisch. **Denn nach christlichem Verständnis macht jede Anwendung von Gewalt schuldig**, auch die aus Notwehr. Martin Luther hielt die militärische Auseinandersetzung, z.B. in seinem Brief an den Ritter von Kram „Ob Kriegersleute auch im seligen Stand sein können“ aus dem Jahr 1526, jedoch dann für gerechtfertigt, wenn sie zum

Schutz des Nächsten oder zur Notwehr gegen einen aufgezwungenen Angriff erforderlich ist. Denn die Schuld war seiner Meinung nach noch größer, überließe man seinen Mitmenschen wehrlos dem gewaltsamen Zugriff eines Angreifers und liefere ihn einer Fremdherrschaft aus, die ein Leben in Freiheit und unter Wahrung der Menschenrechte unmöglich macht.

Deshalb darf der Christ auf Vergebung hoffen, wenn er bei Vorbereitung und Durchführung der Verteidigung schuldig wird. Ziel jeder Außen- und Sicherheitspolitik kann nur die Verhütung des Krieges und Erhaltung des Friedens sein.

Dabei darf es sich jedoch nicht um einen Frieden um jeden Preis handeln, sondern um einen Frieden, in dem nicht Unterdrückung, sondern Gerechtigkeit, Menschenrechte und Freiheit herrschen. Diese Freiheit findet nach Luther ihre Grenze im gleichen Anspruch aller auf dieselbe Freiheit. Freiheit kann man nur in der Verantwortung für die Freiheit des Nächsten verlangen und ausüben. ■

Anm.:

Dr. Friedbert Pflüger, MdB, ist Vorsitzender des Europa-Ausschusses des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der CDU in Niedersachsen.

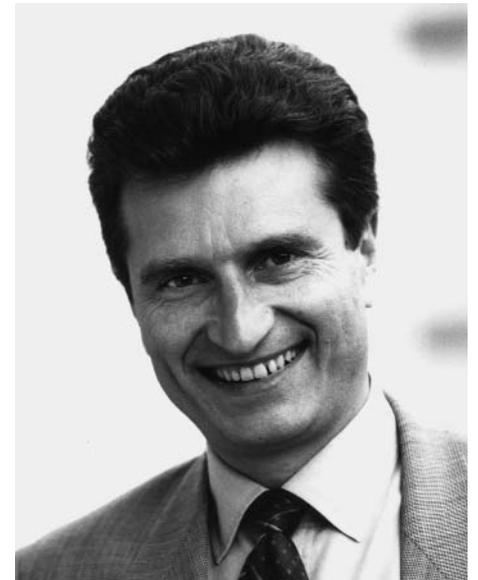
Frieden und Freiheit am Ende unseres Jahrhunderts

Günther H. Oettinger

Frieden ist ein menschliches Grundbedürfnis. Aber auch nicht jeder, der Frieden sagt, meint damit den gleichen Zustand. Frieden ist für mich mehr als Abwesenheit von Krieg. Es gibt keinen Menschen, der bei klarem Verstand gegen den Frieden ist. Aber leider liegt es in der menschlichen Natur, daß nicht jederzeit alle Menschen bei klarem Verstand sind; Unvernunft, Haß, Machtgier und Ideologien können die Köpfe vernebeln. Wir alle spüren dies gegenwärtig in besonderem Maße.

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, der uns die ganzen 90er Jahre hindurch begleitet, zeigt uns täglich in allen Medien die Gewaltszenarien, mit denen das Band des Friedens in Europa kontinuierlich zerschnitten wurde.

Der Krieg im Kosovo hat vielen von uns die Machtlosigkeit, mit der wir den grauenvollen Geschehnissen gegenüberstehen, vor Augen geführt. Die politischen Mittel und der immerwährende Versuch des Dialogs haben nicht zum Erfolg geführt. Die jahrelange Androhung der Nato, Gewalt anzuwenden, hat beim Diktator keine Wirkung ge-



Günther H. Oettinger: Mehr Vertrauen in die Menschen führt zu einer freiheitlichen Gesellschaft.

zeigt. Die Schwierigkeit von Demokratien ist es, daß sie nicht mit den selben Mitteln antworten können – dies ist auch gut so – und in aller Regel lange Zeit benötigen, um auf Aggressionen angemessen reagieren zu können.

Diktatorische Machthaber tun sich leicht, Kriege zu beginnen, Völker zu

vertreiben oder Landkarten neu zu zeichnen. In Demokratien dagegen muß die Bevölkerung überzeugt werden, daß es notwendig ist, für ein Ziel energisch, gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln, einzutreten.

Deutschlands neue Rolle

Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland hat sich durch die nationale Einheit verändert. Deutschland hat mit der vollen Souveränität nicht nur neue Handlungsmöglichkeiten gewonnen, sondern auch eine große Verantwortung für Europa und die Welt übertragen bekommen. Mit dem Beginn der Nato-Luftangriffe wurde allen bewußt, daß mit dieser Entscheidung nun auch Deutschland Verantwortung übernehmen muß.

Um die Sicherheit von Frieden und Freiheit wieder zu gewährleisten wurde das Bündnis gezwungen, in den Konflikt militärisch einzugreifen und damit auch die Ausweitung des Konfliktes zu verhindern. Es hat sich leider erneut bewiesen, daß mit Diplomatie das Ziel des Friedens auf dem Balkan nicht erreicht werden konnte. Es war und ist unsere Aufgabe, in größter Verantwortung militärisch zu handeln, um dem Diktator mit seinen grausamen Taten ein Ende zu setzen.

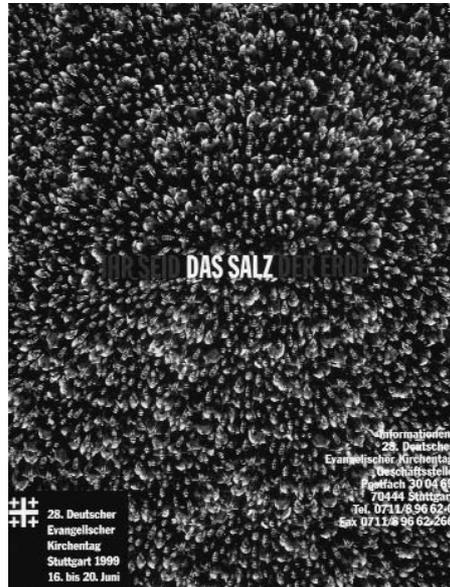
Die Worte Martin Luthers haben hier ihre Aktualität wiedergefunden:

„Der Christ hat nicht nur die Freiheit zur Politik, er hat auch die Pflicht, sich öffentlicher Verantwortung, wo sie ihm auferlegt ist, nicht zu entziehen.“

Frieden ist immer ein Werk der Gerechtigkeit, denn nur dort, wo die Würde des Menschen geachtet wird, wo Freiheit sich entfalten kann, ist Frieden möglich. Nach unserer christlichen Überzeugung beginnt der Frieden bei jedem einzelnen, beim Frieden mit sich selbst und bei der Forderung: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst. Dies ist unser Ideal, das für den Menschen mit seinen Trieben und Aggressionen oft so schwer erreichbar ist.

Im Mittelpunkt unserer Politik steht die unverletzliche **Würde des Menschen**,

die wir von Beginn an bis zum Ende des Lebens schützen. Aus der Würde des Menschen erwächst das Recht eines jeden auf die freie Entfaltung der Persön-



lichkeit. Die Freiheit gibt dem Menschen die Möglichkeit zur sittlichen Entscheidung. Jeder Mensch trägt dafür die **Verantwortung vor seinem Gewissen** und nach christlichem Verständnis vor Gott. Die Verwirklichung der Freiheit des einzelnen ist ohne die Übernahme von Verantwortung für sich und die Gemeinschaft ethisch nicht möglich.

Bekenntnis zu den Grundprinzipien

Das **christliche Menschenbild** ist das Fundament unserer Politik. Eigenverantwortung des Einzelnen in einer Solidargemeinschaft sind unsere Grundlagen. Deshalb ist für mich auch entscheidend, daß der Einzelne das leistet, was ihm zugemutet werden kann. Wenn die Leistung des Einzelnen nicht mehr erbracht werden kann, so ist die **Solidargemeinschaft gefordert**.

Das Prinzip der Subsidiarität, Hilfe zur Selbsthilfe, wird für eine gut funktionierende Gemeinschaft oberste Priorität haben. Nur der Mensch, der gefordert wird, entwickelt seine gottgegebene Gaben und Möglichkeiten und damit sein Menschsein.

Für eine **neue Bürgergesellschaft**, wie sie sich die Christlich Demokratische Union vorstellt, brauchen wir wieder das Bekenntnis zu den Grundprinzipien:

Eigenverantwortung, Subsidiarität, Solidarität und Chancengerechtigkeit.

Weniger Kontrolle und mehr Vertrauen in die Menschen führt zu einer freiheitlichen Gesellschaft. Freiheit ist nicht von Verantwortung zu trennen, deshalb stellt sich für mich und meine Partei die große Herausforderung für die Zukunft, den Weg kontinuierlich weiterzugehen: **vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft**.

Dafür gilt es, die kreativen Kräfte der Gesellschaft aufzuspüren, die durch Leistung die Wohlfahrt mehren. Gerade deshalb danke ich all jenen, die sich ehrenamtlich engagieren, in der Kirchengemeinde vor Ort, in der Diakonie, im Verein, in der Politik, in der Nachbarschaftshilfe und vor allem auch bei all denen, die Menschen in Notsituationen helfen.

Die Rolle der Kirchen

Ganz besonders wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang auch das gesellschaftspolitische Engagement beider christlicher Kirchen. Gerade mit dem Wirtschafts- und Sozialwort haben die Kirchen gemeinsam wichtige Akzente für unsere Gemeinschaft gesetzt.

Menschliche Begegnungen sind der Schlüssel für ein gemeinschaftliches friedliches Miteinander. Hierzu bietet der **Evangelische Kirchentag** Alten und Jungen, Frauen und Männern aus Ost und West eine gute Gelegenheit.

Mit der Losung **„Ihr seid das Salz der Erde“** steht der 28. Kirchentag in Stuttgart ganz im Sinne der Besinnung auf unsere ureigensten Kräfte, unser friedensstiftendes und freiheitliches Wirken, das unsere Schöpfung so dringend benötigt. ■

Anm.:

Günther H. Oettinger, ist Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg.

Sie finden den EAK-Stand auf dem Stuttgarter Messegelände in Halle 7 (7C05), jeweils von donnerstags bis samstags von 10 bis 18 Uhr.

„Das Gespräch mit den Kirchen führen“

Jochen Borchert im Interview

idea: Einzelne Kritiker meinen, der Evangelische Arbeitskreis sei heute nicht mehr nötig. Sind Sie also in Ihrer Funktion überflüssig?

Borchert: Wir sind im Gegenteil mehr denn je notwendig, um einerseits Vorstellungen unserer Partei innerhalb der evangelischen Kirchen deutlich zu machen, andererseits aber auch die Anliegen der Kirchen innerhalb der Partei zur Sprache zu bringen. Ohne uns gäbe es ein solches Verbindungsglied zwischen Partei und Kirchen nicht.

idea: Was bringen Sie in Ihre Partei an Evangelischem ein?

Borchert: Uns liegt sehr daran, daß das „C“ in der Diskussion bleibt. Wir bemühen uns als Christen in der Politik um Gerechtigkeit im Steuer- wie Wirtschaftssystem ebenso wie um eine glaubwürdige Haltung beim militärischen Eingreifen der NATO im Kosovo-Konflikt.

idea: In den Kirchen ist die Meinung geteilt, ob der Militärschlag richtig ist. Was meint der Evangelische Arbeitskreis?

Borchert: Auf der einen Seite steht für uns Christen fest, daß Krieg nach Gottes Willen nicht sein darf. Auf der anderen Seite will aber auch Gott keinen Völkermord. Dieser Völkermord geschieht jedoch seit längerem und trotz vielfältiger diplomatischer Bemühungen. Von daher mußten wir eingreifen mit dem ausschließlichen Ziel, dem Morden ein Ende zu setzen und den Frieden in der Region wiederherzustellen.

idea: Die jetzige Regierung wird von führenden Vertretern der einstigen Friedensbewegung gestellt, die gegen die NATO war. Jetzt gehören sie zu den vehementesten Befürwortern des NATO-

Einsatzes. Was wäre gewesen, wenn die Regierung Kohl noch im Amt wäre?

Borchert: Auch eine Bundesregierung Kohl hätte klar zum NATO-Einsatz gestanden. Vermutlich aber wäre es so gewesen, daß die einstige Opposition und jetzigen Regierungsparteien sich nicht so klar hinter die NATO gestellt hätten. Wahrscheinlich hätte es auch wesentlich mehr Proteste und Demonstrationen gegen sie gegeben, möglicherweise wäre die Friedensbewegung wieder neu belebt worden. ...

idea: Im Integrationspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion heißt es, die Unionsparteien seien für einen islamischen Religionsunterricht, der „Kinder aus islamischen Elternhäusern in ihrer religiösen Identität stärkt“. Kann es Aufgabe einer christlichen Partei sein, Moslems darin zu stärken, daß sie sich als Moslems verstehen?

Borchert: So wie Christen eben evangelischen oder katholischen Religionsunterricht haben, so müssen auch Kinder aus islamischen Familien die Möglichkeit bekommen, über ihren Glauben umfassend unterrichtet zu werden. Da-

bei muß dieser Unterricht nach staatlichen Lehrplänen und auch mit vom Staat zugelassenen Lehrern erfolgen und nicht durch Mitarbeiter der einseitig ausgerichteten Koranschulen.

idea: Was bedeutet für den Evangelischen Arbeitskreis das „C“? Mittlerweile gibt es ja schon Vorschläge, es abzuschaffen, da in den neuen Bundesländern nur noch rund 20 Prozent Mitglieder einer Kirche seien und eine „C“-Partei dort eigentlich gar keine Mehrheit erwarten könnte ...

Borchert: Wir haben gerade beim CDU-Bundestag in den „Erfurter Leitsätzen“ festgehalten, daß sich die Partei leiten läßt „vom christlichen Verständnis vom Menschen“. Weiter heißt es: „Im Einsatz für die unverletzliche Würde des Menschen sehen wir ein gemeinsames Anliegen der CDU und der christlichen Kirchen.“ Im übrigen kann unsere Grundorientierung nicht abhängig sein vom Anteil konfessionell gebundener Mitglieder.

idea: In den 22 Seiten umfassenden Leitsätzen ist aber merkwürdigerweise nirgendwo von der größten Menschenrechtsverletzung in Deutschland die Rede, der Tötung von 300.000 ungeborenen Kindern im Jahr. Ein anderer Arbeitskreis in der CDU, die Christdemokraten für das Leben (CDL), kritisiert seit längerem, daß das „C“ in der Partei eine immer geringere Rolle spiele, weil es sonst nicht möglich wäre, daß ausgerechnet unter einer „C“-Regierung die Fristenregelung eingeführt wurde, nach der es erstmals in der deutschen Geschichte möglich ist, ein Kind in den ersten drei Monaten nach einer Beratung straffrei zu töten ...

Borchert: Die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag ließen uns damals keine andere Wahl. Die CDU/CSU kann hier auch nicht radikaler als beispielsweise die große EKD sein. Aber Ziel unserer Partei bleibt es, die Zahl der Abtreibungen deutlich zu verringern. Insofern begrüße ich ausdrücklich das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das ja die Politik zwingt, Familien wesentlich stärker finanziell zu fördern als bisher. Im Blick auf die Zunahme der sogenannten

Der EAK-Landesverband
Rheinland-Pfalz lädt ein:

zum Landestag 1999:
„Politisches Engagement und
moralisches Verhalten“

Samstag, 26. Juni 1999,
10.30-13.30 Uhr
Mainz, Schloß

Infos unter Tel.: 06131/284719

Der EAK-Bezirk Dresden lädt ein:

zum 7. Dresdner Gemeindeggespräch anlässlich des Gedenktages der Augsburger Konfession

Freitag, 25. Juni 1999
19.30 Uhr Andacht:
Pfarrer **Dr. M. Müller**

20 Uhr Vortrag: Staatsmin.
Steffen Heitmann
„Christen in politischer Verantwortung“

Kreuzkirche/Haus an der Kreuzkirche
Infos bei Dr. P. Schumann,
Tel.: 0351/2022258

Spätabtreibungen müssen wir allerdings rasch handeln!

idea: Was bringen Sie als EAK in Ihren Gespräche mit den Kirchen ein?

Borchert: Zum Beispiel, daß wir als Evangelische nicht hinnehmen können, daß eine Segnung gleichgeschlechtlicher Lebensformen von manchen Kirchen in Erwägung gezogen wird. Auch die Kirche muß eindeutig den Vorrang von Ehe und Familie betonen. Wir respektieren, daß andere zu anderen Entscheidungen kommen, aber die muß man ja nun nicht durch eine Segnung mit der Ehe gleichsetzen.

idea: Im Wahlkampf sind mehrere evangelische Kirchenrepräsentanten für die Wahl von Rot-Grün eingetreten, aber kein einziger für die CDU/CSU. Einzelne Unionspolitiker sprechen nun von Undankbarkeit, habe doch gerade Helmut Kohl beispielsweise dafür gesorgt, daß in der Europäischen Union eine sogenannte Kirchenklausel eingeführt wurde, nach der in Deutschland das Kirchensteuersystem und damit die Finanzgrundlage für die Volkskirchen erhalten bleiben kann ...

Borchert: Die Anerkennung des rechtlichen Status der Kirchen und Religionsgemeinschaften ist leider trotz intensiver deutscher Bemühungen nur in einer Erklärung zum Amsterdamer Vertrag festgehalten, über deren Rechtsverbindlichkeit noch diskutiert wird. Aber hier wie in anderen kirchlichen Fragen – wie dem Religionsunterricht – muß man festhalten, daß die Kirchen sich weiterhin und wohl ausschließlich auf die CDU/CSU verlassen können. In anderen Parteien gibt es teilweise starke Vorbehalte gegen den konfessionellen Religionsunterricht und die Kirchensteuer.

idea: Sehen Sie eine politische Trendwende bei der EKD?

Borchert: Es hat einige Kirchenleute schon erschreckt, daß noch nie so viele Bundestagsabgeordnete konfessionslos sind wie im jetzigen Bundestag und das halbe Bundeskabinett sich ohne die Formel „So wahr mir Gott helfe“ vereidigen ließ. Gleichzeitig führt aber auch die Finanzkrise der Landeskirchen dazu, daß man immer mehr darüber nachdenkt, was die zentralen Aufgaben der Kirchen sind. Und hier kann es sich unserer Meinung nach nur um den Verkündigungsauftrag und die Gemeindearbeit handeln.

idea: Was heißt das konkret?

Borchert: Die Kirche sollte überlegen, was an überregionalen Aufgaben wirklich notwendig ist und sich dafür beispielsweise nicht – ich bin Bauer! – aus den Dörfern zurückziehen. Wenn ein Pfarrer nicht mehr in einem Dorf ist, so ist die Kirche damit als Autorität auch aus dem Dorf verschwunden. Hier sollte sie lieber neue Finanzierungsmöglichkeiten überlegen, als sich zurückzuziehen.

idea: Der Vorwurf von einzelnen Kritikern am Evangelischen Arbeitskreis lautet, daß es ihm mehr um das Wohlergehen von Kirchenleitungen gehe als darum, die Sorgen konservativer Kirchenmitglieder an der Basis bei Gesprächen mit der Kirchengspitze vorzutragen.

Borchert: Der Vorwurf kommt wirklich nur von einzelnen. Wir haben nie Scheu

gehabt, auch Differenzen deutlich auszusprechen und Sorgen der Basis anzusprechen.

idea: Wie kommt es, daß im Bundesvorstand des EAK kein einziger Vertreter der Bewegung repräsentiert ist, die vermutlich weithin am treuesten CDU/CSU wählt, der evangelikalen?

Borchert: Der EAK ist eine Organisation von CDU und CSU und demzufolge auch aufgebaut wie die Parteien. Das bedeutet, daß der Bundesvorstand aus den Landesverbänden gespeist wird. Ich wünschte mir, daß sich mehr evangelikale Christen im Evangelischen Arbeitskreis auch an der Basis engagieren. Dann besteht auch die große Chance, daß sie im Bundesvorstand Sitz und Stimme haben.

idea: Viele Evangelikale fühlen sich aber generell in der CDU/CSU unterrepräsentiert. Als jüngster Beleg wird angeführt, daß in die Bundesversammlung, die das neue Staatsoberhaupt wählt, von den Unionsparteien zwei Moslems berufen wurden, nicht aber ein einziges Mitglied aus den Leitungsgremien der Evangelischen Allianz, die ja die evangelikale Bewegung weithin repräsentiert. Will man die Evangelikalen als Stimmvieh, nicht aber als Mitverantwortliche?

Borchert: Nur die Landtagsfraktionen können in die Bundesversammlung auch Nicht-Mandatsträger berufen. Dabei gibt es viele gesellschaftlich relevante Gruppen, die berücksichtigt werden wollen. Auch wenn keine Mitglieder aus den Leitungsgremien der Allianz berufen worden sind, so sind doch in der Bundesversammlung Persönlichkeiten vertreten, die der evangelikalen Bewegung nahestehen. Im übrigen kann ich auch an die Evangelische Allianz immer wieder nur appellieren, doch politisch stärker aufzutreten. Ich würde mich freuen, wenn es bald einmal zu einem Gespräch mit dem Hauptvorstand der Deutschen Evangelischen Allianz kommen könnte. ■

Das Interview führte Helmut Matthies, Chefredakteur von idea

Zehn Jahre Brief aus Weimar – Bilanz und Perspektive

Christine Lieberknecht/
Dr. Gottfried Müller

Vor zehn Jahren stand die DDR politisch, ökonomisch und moralisch vor ihrem Ende. Doch die SED und ihre Helfer waren noch nicht bereit, ihre Machtpositionen zu räumen. In dieser Situation wandte sich am 10. September 1989 der „Brief aus Weimar“ an die Mitglieder und Vorstände der Ost-CDU und bat sie, darüber nachzudenken, welchen Beitrag die Partei für die Lösung der akuten gesellschaftlichen und politischen Probleme leisten könne.

Zehn Jahre danach stellen wir uns als Mitunterzeichner dieses CDU-Reformbriefes die Frage, was aus den kritischen Ideen und den damals ausgelösten Entwicklungen geworden ist. Welche Erfahrungen haben die Bürgerinnen und Bürger nach der Wiedervereinigung Deutschlands gemacht? Wohin führt der Weg, den wir als Ost- und Westdeutsche nunmehr gemeinsam gehen?

Schutzraum Kirche

Menschen der unterschiedlichsten Weltanschauungen haben in der DDR die Kirchen als schützendes Dach erfahren. Das **christliche Menschenbild** stellte die marxistische Weltanschauung immer wieder in Frage. Auch unser Brief aus Weimar ist unter dem Dach der Kirche entstanden und den westlichen Medien bekannt gemacht worden. Wir wollen es nicht vergessen: Es sind die Kirchen gewesen, die der Wende mit Friedensgebeten und Kerzendemonstrationen den Weg bereitet und das Gesicht gegeben haben.

Es war eine Konsequenz dieser historischen Erfahrung, daß das wiedervereinigte Deutschland den Kirchen neue Möglichkeiten der Mitwirkung eröffnete, garantiert durch den Abschluss von Staat-Kirche-Verträgen. Gleichzeitig ist



Christine Lieberknecht:
Es sind die Kirchen gewesen, die der Wende den Weg bereitet haben.

nicht zu übersehen, daß die in 40 Jahren DDR vorangetriebene Säkularisierung nach den Ereignissen von 1989/90 unvermindert weitergegangen ist. Marxistisch begründete Kirchenfeindschaft von ehemals verbindet sich mit einer liberalistisch-aufklärerischen Kritik und mit dem praktischen Materialismus vorwiegend westlicher Herkunft. Viele von denen, die vor 10 Jahren den Kirchen für deren **Beitrag zur friedlichen Revolution** applaudierten, sehen sich jetzt von ihrer unbequem gewordenen Dankeschuld entlastet. Mit dem Schwinden des kirchlichen Einflusses verliert jedoch die ganze Gesellschaft – ob gläubig oder nicht – an geistig-ethischem Profil. Die Gefahr nimmt zu, dass Verbindlichkeit des Denkens und Lebens sich in pluralistische Beliebigkeit auflöst.

Wir meinen, die CDU sollte das „C“ im Parteinamen selbstbewußt führen, auch wenn der Zeitgeist dem entgegensteht. Die Union ist nicht Lobbyistin der verfassten Kirchen, Konfessionszugehörig-

keit stellt keine Voraussetzung für Mitgliedschaft und Mitarbeit dar. Aber die CDU muß zuverlässig zu den Aufgaben und Institutionen stehen, welche die Gesellschaft für die aus der Geschichte erwachsene und in der friedlichen Revolution bestätigte besondere gesellschaftliche Rolle der Kirchen bereithält: zu christlichem Religionsunterricht, zu Soldatenseelsorge, Kirchensteuersystem, Wohlfahrtspflege und Vertragspartnerschaft zwischen Staat und Kirche. Und sie sollte die Kirchen ermutigen, ihre Chancen als gesellschaftliche Verpflichtung zu verstehen und aktiv wahrzunehmen.

Rechtsstaat und Mündigkeit des Bürgers

Die DDR hat ihre Bürger wie unmündige Untertanen behandelt. Sobald sie die Machtfrage gestellt sah, reagierte die SED mit Willkür und Repression. Je einschneidender der Staatsapparat in die Rechte der Bürger eingriff, umso geringer war seine Bereitschaft, seine Entscheidungen vor ihnen zu verantworten. Deshalb forderte der Brief aus Weimar Rechtsstaatlichkeit und die Anerkennung unveräußerlicher Menschenrechte.

Die **Wende** setzte staatlicher Willkür den Aufbau des Rechtsstaats entgegen. Die Parlamente unternahmen große Anstrengungen, um die rechtlichen Grundlagen für staatliches Wirken zu legen. In erstaunlich kurzer Zeit gelang es, die Rechtsprechung auf eine neue Basis zu stellen. Umso bedrückender ist es, daß viele ehemalige DDR-Bürger den Rechtsstaat nicht als Befreiung von staatlicher Willkür empfinden, sondern als Reglementierung und neue Abhängigkeit. Die Gesetze und ihre oft wenig transparenten Ausführungsbestimmungen mit ihrem Anspruch, alles und jedes zu regeln, wecken Ohnmachtsgefühle.

Jeder kennt den Typ des Bürokraten, der sich hinter Verordnungen verschanzt und durch penible Handhabung Macht ausübt. Kommt ein solcher Beamter aus den alten Ländern, wird er als der arrogante Vollstrecker westlicher Überfremdung ausgemacht, stammt er aus dem Osten, wird rasch der Verdacht wach, es seien noch alte DDR-Seilschaften am

Werk. Die Forderung nach Entbürokratisierung und schlankem Staat wird gern erhoben, doch noch immer erlebt der Bürger das Gegenteil: noch mehr Gesetze, noch mehr Verordnungen, noch mehr Richtlinien. Die Hypertrophie des Rechts scheint unkurierbar zu sein.

Auch die CDU drängt seit vielen Jahren auf schnellere Verwaltungsabläufe, auf Deregulierung und Entbürokratisierung. Sie sollte dieses Anliegen jedoch noch wesentlich entschiedener und konsequenter verfolgen. Das Bedürfnis der Verwaltungen, für möglichst viele Lebensbereiche zuständig zu sein, muß gedämpft werden. Nicht alles darf staatlich geregelt werden. Die CDU als die Partei, die für den Rückzug des Staates auf seine Kernaufgaben steht, sollte die Kräfte gesellschaftlicher Selbstorganisation, Vereine, Initiativen und Stiftungen nachdrücklich unterstützen. Sie sollte sich von niemandem übertreffen lassen, wenn es darum geht, den Zumutungen der Brüsseler Bürokratie entgegenzutreten. Nur so kann die europäische Einigung gelingen.

Freiheit, Einheit, Integration

Der SED-Staat verweigerte dem Volk wesentliche Freiheitsrechte. Als besonders schmerzlich empfanden es die Bürger, daß sie nicht frei reisen durften und ihnen das Recht, ihren Wohnsitz auch außerhalb der DDR zu wählen, vorenthalten wurde. Das Ausreiseproblem, das sich 1989 immer mehr verschärfte, war Ausgangspunkt auch für den Weimarer Brief. In dieser Situation war es von großer Bedeutung, daß die Bundesrepublik unbeirrt an der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit festhielt. Die Ausreisebewegung destabilisierte die DDR, stellte jedoch nur eine Vorstufe in der revolutionären Entwicklung dar. Die Wende war da, als bei den Herberstdemonstrationen in Leipzig die Forderung: „Wir wollen raus!“ umschlug in den Ruf: „Wir bleiben hier!“

Die Umwälzung im Osten Deutschlands und die **Wiedervereinigung** ermöglichte es den DDR-Bürgern, die deutsche Staatsangehörigkeit mit allen ihren Rechten und Pflichten als ihre eigene zu begreifen. Der deutsche Pass wurde so für die Bürger der ehemaligen DDR besonders wertvoll. Er gab ihnen die Ge-

wißheit, Deutsche als Glieder einer freien Gesellschaft zu sein. In einem äußerlichen Sinne ermöglichte er es ihnen nachzuholen, was ihnen bisher an Reizen verwehrt worden war. Seine tiefere Bedeutung jedoch gewann er dadurch, daß er zugleich dokumentarischer Ausdruck der großen Integrationsleistung ist, welche die Menschen in der ehemaligen DDR im Prozeß der Wiedervereinigung erbracht haben.

Wenn heute darüber nachgedacht wird, unter welchen Bedingungen ausländische Mitbürger die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten können, geht es um andere rechtliche und kulturelle Ausgangsbedingungen. Aber auch für sie gilt, daß der deutsche Paß eigenes Bemühen und den Willen zur Integration voraussetzt. Er darf nicht unter Wert zugesprochen werden. Denn auch für die Staatsangehörigkeit gilt die Volksweisheit: Was nichts kostet, ist nichts wert.

Die gegenwärtige Balkankrise nötigt noch zu einer anderen Erinnerung. Die Wende nahte, als die Ost-West-Konfrontation an ihr Ende gekommen war. Die Warnung vor den „Kriegstreibern“ im Westen verlor zunehmend ihre nach innen gerichtete disziplinierende Funktion. Doch jetzt zeigt es sich, daß es Situationen gibt, zu deren Lösung militärische Mittel nicht ausgeschlossen werden können. Alte Klischees der Anti-Nato-Agitation werden vor allem von der PDS genutzt, um Stimmung gegen den Westen zu machen. Von der CDU dürfen die Menschen erwarten, daß sie die Sorge und **Beunruhigung der Bevölkerung ernst nimmt**. Doch vor allem steht die Union in den neuen Ländern vor der Aufgabe glaubhaft zu machen, daß Deutschlands Schicksal unauflöslich an die Gemeinschaft der westlichen Demokratien und ihrer Sicherheitssysteme gebunden ist.

Sicherheit in der sozialen Marktwirtschaft

Die DDR rühmte sich der großen sozialen Sicherheit, die sie allen Bürgern angeblich gewährte. Bis heute gibt es nostalgische Erinnerungen daran. Doch als der Weimarer Brief geschrieben wurde, war vielen Menschen noch bewußt,

daß die marode Wirtschaft die sozialen Versprechungen nicht mehr einlösen konnte. Obwohl die Masse des Volkes von den riesigen Subventionen scheinbar profitierte, wurden zunehmend Stimmen laut, die Zweifel an der Solidität der sozialpolitischen Maßnahmen äußerten. Die Mieten waren niedrig, doch die Innenstädte verfielen. Die Preise für Brot und Fleisch lagen weit unter den Herstellungskosten, doch die industrialisierte Landwirtschaft belastete im hohen Maße Böden und Gewässer. Jeder hatte Arbeit, doch die Produktivität der Wirtschaft lag weit unter der des Westens, den man überflügeln wollte.

Die soziale Marktwirtschaft erwies sich trotz großer Übergangsprobleme, die noch lange nicht überwunden sein werden, auch im Osten als alternativlos. Das mit ihr verbundene soziale Netz wurde erstaunlich fest gespannt und fing die vielen Menschen weithin auf, denen der wirtschaftliche Umgestaltungsprozess Arbeit und Beruf nahm. Die Renten erreichten im Durchschnitt ein Niveau, das man in der DDR nur erträumen konnte.

Jetzt regen sich jedoch zunehmend Ängste, ob die **Sozialsysteme** auch noch in Zukunft tragen werden. Die Frage wird auch im Westen gestellt, im Osten beunruhigt sie jedoch ungleich stärker. Die Menschen in den neuen Ländern verfügen in der Regel nur über schmale Reserven für das Alter. Sie können weniger sparen, sie haben geringere Erbschaften zu erwarten. Sie sehen daher oft keine andere Chance, als nach dem Staat zu rufen. Verständlich ist unter diesen Bedingungen ihre Neigung, soziale Sicherheit über Freiheit und Selbstverwirklichung zu stellen. Wer Gleichheit nicht als Gleichmacherei, sondern als Gleichheit der Chancen definiert, muß zugeben, daß vor allem Menschen der mittleren Generation geringere Möglichkeiten haben, die neuen Chancen zu nutzen.

Die CDU sollte darauf verzichten, die Menschen in dieser Lage belehren zu wollen, es ihnen etwa anzukreiden, daß sie dem Sozialneid verfallen seien. Sie muß vielmehr die Existenzängste ernstnehmen und einen von Gerechtigkeit bestimmten Weg zu sozialer Sicherheit wei-

sen. Dazu gehört der Mut, die Situation über den Zeithorizont der Legislaturperioden hinaus unbeschönigt wahrzunehmen und auch vor unpopulären Maßnahmen nicht zurückzuschrecken. Wer dem Volk nichts zumutet, zeigt, daß er ihm nichts zutraut. Die CDU muß auch im Osten ein auf Klarheit gegründetes Vertrauen wiedergewinnen. ...

Deutsche Einheit in Vielfalt

Das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ gehört nicht zu den spezifischen Traditionen der CDU in der DDR. Wie die empörten Reaktionen zeigten, traf diese Feststellung des Weimarer Briefes das System der DDR an einem empfindlichen Punkt. Denn der angegriffene Grundsatz sollte die absolute Dominanz der Führungscliquen in der SED, in den Blockparteien und im Staat sichern helfen. Ihn anzutasten bedeutete letzten Endes, die Herrschaftsverhältnisse in Frage zu stellen.

Die **friedliche Revolution** schritt in dem selben Maße voran, wie die Willensbildung von oben nach unten sich umkehrte und das Volk sich selbst als Souverän verstand. „Wir sind das Volk“ riefen die Demonstranten und entrissen den Machthabern die Anmaßung, sie diktatorisch zentral regieren zu wollen.

Das Volk war es auch, das dem auf die DDR-Hauptstadt bezogenen Zentralismus des Staatsaufbaus die Forderung nach Wiedereinführung der Länder entgegenstellte. Man begriff es als Lehre der Geschichte, daß Föderalismus und Gewaltenteilung ein wichtiges Unterpfand der Demokratie darstellten. So sollte der staatliche Neuaufbau im Osten dem Umstand Rechnung tragen, daß sich die Menschen ganz bewußt als Sachsen, Mecklenburger oder Thüringer verstanden. Die CDU gehörte zu den ersten politischen Gruppierungen, welche die Wiedererrichtung der Länder forderten. Der Landesverband der CDU Thüringen wurde bereits am 20. Januar 1990 neu gegründet.

Wer in der Welt von morgen bestehen will, muß einerseits größere Zusammenschlüsse anstreben: politisch, wirtschaftlich und vor allem auch zur Durchsetzung der Menschenrechte. Anderer-

seits gilt es, die Bedeutung der Regionen zu stärken, damit politische Verantwortung sich auf vielen Ebenen möglichst bürgernah konkretisieren kann. In der CDU haben die **Landesverbände** traditionell ein **ausgeprägtes Eigenleben**. Das gehört mit zu den Stärken unserer Partei und trägt Besonderheiten vor Ort Rechnung. Vom Westen her zu befinden, wie man im Osten mit der PDS umzugehen hat, wird immer besserwisserisch wirken und kontraproduktiv sein. Doch Vielfalt sollte auch zu tiefer gehender Einheit verpflichten. ...

Die gesamtdeutsche CDU von heute wird am Erbe des Herbstes 1989 dauerhaft festhalten. Denn die umfassende Revolution aller Lebensverhältnisse, wie sie sich im Osten vollzog, hat nachhaltige Folgen auch für den Westen. Die wiedervereinigte CDU Deutschlands

hat vor einem Jahrzehnt den Weg in die Zukunft maßgeblich eröffnet. Die Vergangenheit der DDR, an der ihre Mitglieder im Osten ihren zwiespältigen Anteil hatten, muß Vergangenheit bleiben. Es darf rückwärtsgerichteten Kräften nicht gestattet werden, mit alten Argumenten neue Barrieren zwischen Ost und West aufzurichten. Die Hoffnungen, die uns bewegten, als wir den Weimarer Brief schrieben, sind über alle Erwartungen hinaus erfüllt worden. Wir wollen mithelfen, zu bewahren und weiterzuentwickeln, was uns die Einheit Deutschlands und die Gemeinschaft der Unionsparteien geschenkt haben. ■

Anm.:

Dr. Gottfried Müller war Landtagspräsident in Thüringen, Christine Lieberknecht ist Ministerin für Bundesangelegenheiten in Thüringen.

Für eine einzelfallgerechte Entschuldung armer und ärmster Entwicklungsländer

Ralf Stettner

Die Auslandsverschuldung vieler Entwicklungsländer ist eine große wirtschaftliche und politische Herausforderung. Die Bemühungen um eine internationale Entschuldungsstrategie für Entwicklungsländer bilden in diesem Jahr einen Schwerpunkt sowohl des Deutschen Evangelischen Kirchentages wie auch des Kölner Weltwirtschaftsgipfels. In der Kampagne „Erlaßjahr 2000“ setzen sich vor allem Kirchen, kirchliche und entwicklungs-politische Organisationen für einen umfassenden Schuldenerlaß für Entwicklungsländer ein.

Die CDU begrüßt diese Informations-Kampagne. Die Erlaßjahrkampagne hat das Bewußtsein in der deutschen Öffentlichkeit für die Notsituation der betroffenen Länder nachhaltig geschärft und die Notwendigkeit der Hilfe in Form von Schuldenerleichterungen deutlich gemacht.

Die Schulden der Entwicklungs- und Transformationsländer beliefen sich 1997 auf 2,2 Billionen US-Dollar. Die hohe Schuldenlast behindert die Entwicklung dieser Länder erheblich. Schuldenerleichterungen sind daher für hochverschuldete Entwicklungsländer ein wichtiger Schritt, um ihnen und ihren Regierungen Spielräume für eine **entwicklungsorientierte Politik** zurückzugeben. Diese Maßnahmen wirken aber nur dann nachhaltig, wenn mit ihnen auch die strukturellen Ursachen der Verschuldung beseitigt oder vermindert werden. Die CDU unterstützt jede Initiative zur Schuldenerleichterung bis hin zum Schuldenerlaß, die zugleich mit der Beseitigung der Ursachen der Überschuldung verbunden ist.

Deutschland – Vorreiter bei Schuldenerleichterung

Unter der CDU-geführten Bundesregierung hat Deutschland sowohl im bilateralen wie im multilateralen Bereich

vielfältige Maßnahmen zur Schuldenerleichterung initiiert und vorangebracht.

Im Oktober 1996 wurden Schuldenerleichterungsmaßnahmen im Rahmen der HIPC-Initiative beschlossen. Diese Initiative sieht für eine begrenzte Anzahl von Staaten, deren Schuldenlast selbst bei völliger Ausschöpfung der bestehenden Entlastungsinstrumentarien ein tragbares Niveau überschreitet, eine maximale Erlaßquote von bis zu 80 Prozent vor. Bislang wurden im Rahmen der HIPC-Initiative Schuldenerleichterungsmaßnahmen für Uganda, Bolivien, Burkina Faso, Guyana, Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) und Mosambik beschlossen.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Möglichkeit geschaffen, ärmeren Ländern im Rahmen der Umschuldungen des Pariser Clubs Schulden zu erlassen, wenn die frei werdenden Mittel für den Umweltschutz, die Armutsbekämpfung und zu Bildungsmaßnahmen verwendet werden. Der Pariser Club hat 1997 mit sieben Schuldnerländern Umschuldungsvereinbarungen über ein Gesamtvolumen von 6,3 Mrd. US-Dollar geschlossen. Der deutsche Anteil liegt dabei bei 1,2 Mrd. DM. Sechs (Tansania, Äthiopien, Guinea, Madagaskar, Kamerun und Jemen) dieser sieben Staaten erhalten zudem einen Schuldenerlaß von 50 bis 67 Prozent (sog. Neapel-Bedingungen). Hierbei geht es um rund 5,4 Mrd. US-Dollar. Der deutsche Anteil beträgt dabei 1,1 Mrd. DM. Insgesamt vereinbarte der Pariser Club bis Ende 1997 mit 25 Staaten 29 Umschuldungen, wodurch diese von aktuellen Zahlungsverpflichtungen weitgehend entlastet wurden.

Im bilateralen Bereich ist die Bundesrepublik Deutschland einer der Vorreiter bei der Entschuldung armer und ärmster Länder. Deutschland hat seit 1978 den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) und weiteren besonders armen Ländern Sub-Sahara-Afrikas (insgesamt 36 Länder) Forderungen der Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von 9,1 Mrd. DM erlassen bzw. den Erlaß in Aussicht gestellt.

Die CDU Deutschlands unterstützt die konsequente Fortsetzung dieser bisherigen Entschuldungs- und Umschuldungspolitik Deutschlands gegenüber den ärmsten Entwicklungsländern.

Fortsetzung der bisherigen Entschuldungspolitik

Die **CDU/CSU-Bundestagsfraktion** hat dazu in dem am 20. April 1999 in den Deutschen Bundestag eingebrachten Antrag „Entschuldung armer Entwicklungsländer – Initiativen zum G8-Gipfel in Köln“ Vorschläge gemacht.

Ziel muß weiterhin sein, mit einer einzelfallgerechten Entschuldungsstrategie grundlegende Reformen der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik- und in den Entwicklungsländern zu verbinden. Bürgerkriege, ineffiziente Verwaltungen, Korruption, eine verfehlte Wirtschaftspolitik, verzerrte Preisrelationen, sich verschlechternde Außenhandelsbedingungen und fehlende Reformen zur Stimulierung der Wirtschaft und zur Verringerung der Auslandsverschuldung haben in vielen armen und ärmsten Entwicklungsländern zu einer ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung erheblich beigetragen.

Unverzichtbare Voraussetzung für Schuldenerleichterungen ist daher der **Nachweis ernsthafter und nachhaltiger Reformanstrengungen** in den Entwicklungsländern. Ein Schuldenerlaß muß den Ärmsten und Armen zugute kommen und mit echten wirtschaftlichen und sozialen Reformen verbunden sein. Die CDU schlägt dazu vor:

Die HIPC-Initiative muß konsequent fortgeführt, erfolgreiche Anpassungs- und Reformbemühungen müssen bei der Entscheidung über die Zugangsberechtigung und das Ausmaß der Schuldenerleichterungen im Rahmen der

HIPC-Initiative positiv berücksichtigt werden. Ein Schuldenerlaß sollte jedoch wie bisher erst grundsätzlich nach einer Frist von sechs Jahren gewährt werden, um die Nachhaltigkeit der eingeleiteten Reformmaßnahmen nachweisen zu können. Im Einzelfall soll diese Frist weiterhin verkürzt werden können. Die von der Bundesregierung beabsichtigte Verkürzung der Sechsjahres- auf eine Dreijahresfrist lehnt die CDU ab.

Entschuldungsmaßnahmen sowohl im multilateralen wie auch bilateralen Bereich sind weiterhin an Bedingungen wie der Einhaltung der Menschenrechte, der Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns, Maßnahmen zur Reduzierung der Armut und des Analphabetentums, der Förderung des Umweltschutzes und des Gesundheitswesens zu

knüpfen. Diese Reformanstrengungen müssen auch nach der sechsjährigen Anpassungsfrist überprüfbar sein.

Die bewährten Grundsätze für Schuldenerleichterungen müssen auch weiter gelten: Nachweis der Reformbemühungen des Schuldnerlandes, multilateral abgestimmtes Vorgehen der Gläubiger und fallweise Festlegung der erforderlichen Maßnahmen.

Bei Regelungen, die einen bilateralen Schuldenerlaß betreffen, sollte auf das Instrument der **Gegenwertfonds** zurückgegriffen werden. Zumindest ein Teil des der zu erlassenden Schulden muß durch das Schuldnerland in der eigenen nationalen Währung für Entwicklungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Diese Fonds dürfen nicht Teil Staatshaushaltes, sondern müssen in gesonderter Form ausgewiesen werden. Für die Verwaltung der Fonds sind öffentliche Gremien zu bilden, in denen neben Vertretern des Staates auch Vertreter gesellschaftlicher Gruppierungen als auch die Geber-



länder vertreten sein müssen. An den Maßnahmen und zusätzlichen Projekten, die aus den Gegenwertfonds finanziert werden, die nicht andere Vorhaben ersetzen, sind die Kirchen, Selbsthilfeinstitutionen und Nichtregierungsorganisationen zu beteiligen. Diese haben eine besondere Kompetenz in der nachhaltigen Armutsbekämpfung.

Einzelfallgerechte Schuldenstrategie

Die CDU Deutschlands befürwortet eine einzelfallgerechte Entschuldungsstrategie. Pauschale Schuldenerlasse ohne Bekämpfung der Ursachen der Überschuldung hält die Union für falsch. Vielmehr müssen Entwicklungsländer, die grundlegende Reformen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik verfolgen, durch großzügige Schuldenregelungen stabilisiert und unterstützt werden. Gemeinsame Aufgabe von Schuldner- und Gläubigerländern im 21. Jahrhundert muß es sein, eine einzelfallgerechte internationale Schuldenstrategie weiterzuentwickeln und so die internationalen Rahmenbedingungen für Entwicklungsländer entscheidend zu verbessern. ■

Anm.:

Ralf Stettner ist Referent für Entwicklungspolitik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle.



Kontaktadresse:

Erlaßjahr 2000, c/o Südwind e.V.,
Lindenstr. 58-60, 53721 Siegburg

Tel.: 0 22 41/59 12 26;
Fax: 0 22 41/59 12 27

E-Mail:
suedwind.institut@t-online.de

Informieren Sie sich und andere über die lebensbedrohende Schuldenkrise des Südens. Das Büro der Kampagne stellt Ihnen gerne Medien und Materialien zur Verfügung.

28. Deutscher Evangelischer Kirchentag, 16.-20. Juni 1999, Stuttgart

Ausgewählte Veranstaltungen unter Beteiligung von Unionspolitikern

Mittwoch, 16. Juni 1999:

19 - 19.45 Uhr **Worte und Grüße zur Eröffnung:**
u.a. mit Erwin Teufel, Ministerpräsident, Stuttgart
Podium am Neuen Schloß, Schloßplatz (Mitte)

Donnerstag, 17. Juni 1999:

9 - 10.30 Uhr **Dialogische Bibelarbeit**
Dr. Christoph-E. Palmer, Staatsministerium BaWü, Stuttgart
Jo Krummacher, Akademedirektor, Bad Boll
Stadtkirche, Am Marktplatz 1 (Bad Cannstatt)

15 - 18 Uhr **Arbeitsgruppe: Frieden für Europa**
„Was steht auf der Tagesordnung für ein friedliches Europa?“
u.a. mit: **Dr. Friedbert Pflüger**, MdB, Bonn
Moderation: **Heiner Sandig**, Vizepräsident des Sächs. Landtags
Messe Killesberg, Congreß-Centrum B, Saal X

16 - 18 Uhr „Ich glaube, was mir nützt – Zukunft des Glaubens“
u.a. mit: **Hermann Gröhe**, MdB, Rat der EKD, Neuss
Schleyer-Halle, Lager, Benzstr. (Bad Cannstatt)

18 Uhr **Café zivil:** „Soziales Pflichtjahr für alle - pro und contra“
Streitgespräch mit: **Dieter Hackler**, Zivildienstbeauftragter der BR, und Daniel Cohn-Bendit, MdEP
Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9 (Innenstadt)

Freitag, 18. Juni 1999:

9 - 10.30 Uhr **Bibelarbeit:** 1. Korinther 11, 17-34 Vom Abendmahl
Dr. Wolfgang Schäuble, MdB, Fraktionsvorsitzender, Bonn
Messe Killesberg, Congreß-Centrum B, Saal X, Am Kochenhof 16

16 - 18 Uhr „Ich mache, was ich will – Zukunft des Menschen“
u.a. mit: **Dr. Wolfgang Schäuble**, MdB, Fraktionsvorsitzender,
Bonn, **Schleyer-Halle, Lager, Benzstr. (Bad Cannstatt)**

Samstag, 19. Juni 1999:

9 - 10.30 Uhr **Bibelarbeit:** 2. Mose 1,1 bis 2,10: Denn sie sind kräftige Frauen
Dr. Angela Merkel, MdB, CDU-Generalsekretärin, Bonn
Stiftskirche, Stiftstr. 12 (Innenstadt)

16 - 18 Uhr „Ich nehme, was mir zusteht – Zukunft der Gesellschaft“
u.a. mit: Kultusministerin **Dr. Annette Schavan**, MdL, Stuttgart,
Schleyer-Halle, Lager, Benzstr. (Bad Cannstatt)

Sonntag, 20. Juni 1999:

10 Uhr **Schlußgottesdienst:**
Gottlieb-Daimler-Stadion, Mercedesstr. 87

■ Wertevermittlung in den Medien

Paderborn. Der Evangelische Arbeitskreis im CDU-Kreisverband Paderborn veranstaltet in diesem Jahr eine Diskussionsreihe zur Wertevermittlung in den Medien. Der erste Termin war beim Westfalen-Blatt, Bielefeld. Nach Besichtigung der Zeitungsdruckerei erfolgte die Begrüßung durch den Chefredakteur, **Rolf Dressler**.

Der EAK-Vorsitzende **Wilhelm Beckmann** erläuterte das Anliegen des EAK, Herr Dressler beschrieb die Bemühungen einer auf christlichen Grundsätzen beruhenden Wertevermittlung des Westfalen-Blattes.

In der folgenden lebhaften Diskussion aller Teilnehmer wurden u.a. angesprochen: Verantwortung der Medien bei der Publizierung; das Zukurzkommen bestimmter Werte in den Medien; die oft einseitige Darstellung des gesellschaftlichen Abbildes; der fehlende Mut – auch bei den Politikern – die Dinge deutlich und konsequent anzusprechen.

■ Zur Ablehnung von Gysis geplantem Kirchauftritt

Leverkusen. Es klang ganz harmlos: „Reden über Gott und die Welt“ wollte die Evangelische Akademie Thüringen aus Anlaß des Kulturstadtjahres in Weimar. Personen des Öffentlichen Lebens sollten jeweils über einen Bibelvers sprechen – unter anderem auch Gregor Gysi. Nach Protesten sagte die Landeskirche die Reihe ab.

Im „Forum“ in Leverkusen erläuterte **Christine Lieberknecht**, Ministerin für Bundesangelegenheiten in Thüringen, warum sie sich gegen die Predigt von Laien wehrte. Lieberknecht, die auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-Leverkusen kam, befürwortet eine Öffnung der Kirche, aber die müsse in den Gemeindehäu-



sern und nicht auf der Kanzel stattfinden.

■ Zum Antrittsbesuch trafen sich der neue Beauftragte der evangelischen Landeskirchen in NRW, Kirchenrat Karl-Wolfgang Brandt (re.) und der EAK-Landesvorsitzende Thomas Rachel, MdB, (li.).

■ Europa 2000

München. Auf seiner letzten Mitgliederversammlung hat der Bezirksverband des EAK-München seinen bisherigen Vorsitzenden Pfarrer **Wolfgang Hofmann** wiedergewählt. Die weiteren Mitglieder des Vorstandes sind: Stellvertreter: **Wilma Mandel, Dr. Wernher Braun, Wilhelm-G. Adelberger**, Ehrenvorsitzender: **Wolfgang Vogelsang**. Beisitzer wurden: **Barbara Schöne, Dr. Helga E. Dettmer, Ulrich Motte, Joachim-K. Mein-**

Der EAK-Ludwigsburg lädt ein:

Bildungsfahrt nach Schwäbisch Hall
„500 Jahre Johannes Brenz“ (Reformator)
am Sonntag, 11. 7. 1999,
13 Uhr Abfahrt Busbahnhof Ludwigsburg

mit: Stadtführung, Vortrag über J. Brenz,
20.30 Uhr „Der Glöckner von Notre Dame“
anschließend Heimfahrt, Preis 79,—

Infos/Anm. bis 3. 7. bei: Pfarrer Bräuchle,
0711/64021-52 oder per Fax: -61.

hold, Karl-H. Kerstens, Constanze Adelberger.

Nach der Wahl hielt **Bernd Posselt**, MdEP, einen informativen und anschließend intensiv diskutierten Vortrag zum Thema „Europa 2000 – Probleme, Erweiterung, Visionen.“

■ Protestantismus im europäischen Geist wachhalten

Mainz. „Der Einfluß des Protestantismus auf das Geistesleben in Europa muß bestehen bleiben“, forderte Staatsminister a.D. **Albrecht Martin** in der St. Johanniskirche in Mainz. Der frühere rheinland-pfälzische Landtagspräsident und Mitglied der EKD-Synode regte bei einer Diskussion des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Mainz an, „Kandidaten für politische Ämter zu zwingen, ihre geistigen Grundpositionen öffentlich klarzustellen.“

Ein schärferes protestantisches Profil und mehr Spiritualität in der „verkopften evangelischen Kirche“ wünschen sich die Gesprächsteilnehmer. Pfarrer in **Dr. Opitz-Chen** (St. Johannis-

kirche) schlug eine Modernisierung der Theologenausbildung vor, um „fit für interkulturelle Begegnungen zu sein“, die bereits in den Kindergärten täglich stattfänden.

■ Sonntag – Tag der Ruhe und Besinnung?

Müllheim. „Der Sonntagschutz darf nicht schleichend ausgehöhlt werden“ warnte der badische Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Baden-Württemberg, Dekan **Franz Doleschal**, und forderte deshalb die Landesregierung auf, die geplante Bundesratsinitiative zur Reduzierung der verkaufsoffenen Sonntage von vier auf einen schleunigst einzubringen.

Die derzeitige Rechtslage hätte in den vergangenen zwei Jahren zu einer deutlichen Zunahme verkaufsoffener Sonntage in den Gemeinden Baden-Württembergs geführt, wobei die Gründe für die Öffnung der Geschäfte nicht immer nachvollziehbar seien. Damit würde man den Sonntag immer mehr zu einem beliebigen Tag verkommen lassen, so Doleschal. Die von Sozialminister Friedhelm Repnik angestoßene Initiative sei deshalb längst überfällig und

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 544-305/6 · Fax 544-586 · **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 370 100 50) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei

Postvertriebsstück Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt

Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion !

Der am 29. Mai 1999 neugewählte EAK-Bundesvorstand:

Bundvorsitzender:

Jochen Borchert, MdB

Beisitzer:

Hans Bleckmann,
Schleswig-Holstein

Johanna Köhler,
MdL, Thüringen

Thomas Rachel,
MdB, NRW

Stellvertreter:

Dr. Ingo Friedrich,
MdEP, Bayern

Hans Bookmeyer, MdL,
Niedersachsen

Eleonore Rudolph,
MdHB, Hamburg

Staatsminister
Dr. Hans Geisler, Sachsen

Ilse Falk, MdB, NRW

Michael Schekatz,
Sachsen-Anhalt

Dieter Hackler, NRW

Dieter Franke, MdL, Sachsen

Tobias Utter, Hessen

Gustav Isernhagen,
Niedersachsen

Staatsministerin
Friederike de Haas, Sachsen

Klaus Weigelt, NRW

Ministerin
Christine Lieberknecht,
Thüringen

Harald Häßler, Bayern

Uwe Wienholz,
Württemberg

Renate Holznagel, MdL,
Mecklenburg-Vorpommern

Ministerin Karin Wolff,
Hessen

Unsere Autoren:

Dr. Ulrich von den Steinen
Voßbeckstr. 35
45481 Mülheim/Ruhr

Dr. Friedbert Pflüger, MdB
Bundeshaus
53113 Bonn

Günther H. Oettinger, MdL
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Jochen Borchert, MdB
Fr.-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

Ministerin
Christine Lieberknecht
Regierungsstr. 73
99084 Erfurt

Ralf Stettner
Fr.-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn